

Abstimmung vom 4.12.1977

## Ja zum einen Teil der Sanierung der Bundes- finanzen – zum Sparen

**Angenommen: Bundesgesetz über Massnahmen  
zum Ausgleich des Bundeshaushaltes**

Roswitha Dubach

---

*Dieser Artikel ist erstmals 2010 im «Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007» erschienen, welches von Wolf Linder, Christian Bolliger und Yvan Rielle herausgegeben und beim Haupt Verlag publiziert wurde.*

**Empfohlene Zitierweise:** Dubach, Roswitha (2010): Ja zum einen Teil der Sanierung der Bundesfinanzen – zum Sparen. In: Linder, Wolf, Christian Bolliger und Yvan Rielle (Hg.): Handbuch der eidgenössischen Volksabstimmungen 1848–2007. Bern: Haupt. S. 371–372.

**Herausgeber dieses Dokuments:** Swissvotes – die Datenbank der eidgenössischen Volksabstimmungen. Année Politique Suisse, Universität Bern, Fabrikstrasse 8, 3012 Bern. [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).

## VORGESCHICHTE

Im Finanzplan für die Jahre 1978 bis 1980 sieht der Bundesrat mit Mehreinnahmen über die Mehrwertsteuer (vgl. Vorlage 268) und einer Begrenzung des Ausgabenwachstums vor, das Gleichgewicht im Bundeshaushalt wiederherzustellen. Um das Planziel auf der Ausgabenseite einhalten zu können, schlägt der Bundesrat in seiner gleichzeitig mit dem Finanzplan im Februar 1977 vorgelegten Botschaft über «Massnahmen zum Ausgleich des Bundeshaushaltes» vor, mit der Revision von 36 Einzelerlassen auf Gesetzesstufe sowie mit zwei Bundesbeschlüssen die jährlichen Ausgaben um etwa 500 Millionen Franken zu kürzen.

Der bundesrätliche Vorschlag erhält in beiden eidgenössischen Räten breite Unterstützung. Nach kurzen Detailberatungen, in denen vor allem die vorgeschlagene Kürzung der Bundessubventionen für die Krankenkassen, aber auch Kürzungen in den Bereichen Verkehr, Unterricht, Turnen und Sport, Wohnbauförderung, Viehzucht und Naturschutz zu Diskussionen Anlass geben, heissen beide Kammern das Sparpaket – nur geringfügig modifiziert – mit grosser Mehrheit gut. Mit den beschlossenen Sparübungen hofft man, auch ein günstiges Klima für die im Juni anstehende Abstimmung über die Mehrwertsteuer zu schaffen. Allerdings ergreifen die Partei der Arbeit, der Partito socialista autonomo und die Progressiven Organisationen Schweiz erfolgreich das Referendum gegen das Sparpaket.

## GEGENSTAND

Der Souverän hat über das von den Räten beschlossene Sparpaket und seine Grundlagen – die Revision von 36 Einzelerlassen auf Gesetzesstufe – zu befinden. Die Vorlage sieht vor, die schon seit 1975/1976 in Kraft stehenden sowie die im Zusammenhang mit den Beratungen des Budgets 1977 beschlossenen Kürzungen im Transferbereich (Überweisungen an andere Haushalte) in ordentliches Dauerrecht zu überführen und mit verschiedenen Massnahmen – u.a. Kürzungen in den Bereichen Verkehr, Krankenversicherung und Konsumsubventionen – zu ergänzen. Damit sollen jährlich rund 500 Millionen Franken eingespart werden.

## ABSTIMMUNGSKAMPF

Neben den Urhebern des Referendums, geben auch die SP – die im Parlament der Vorlage noch zugestimmt und das Referendum nicht unterstützt hatte – sowie der SGB und der CNG die Neinparole aus. Sie kritisieren vor allem die geplanten Einsparungen bei den Bundesbeiträgen an die Krankenkassen.

Die Befürworter – alle bürgerlichen Parteien und der LdU, die EVP, die NA, die Republikaner sowie die Wirtschaftsverbände – appellieren an den Willen zum Sparen und betonen, dass nur ein haushälterischer Staat vor Steuererhöhungen schütze.

## ERGEBNIS

Bei einer Stimmbeteiligung von 38,2% wird die Vorlage in allen Kantonen und mit einem Jastimmenanteil von 62,4% deutlich angenommen. Tendenziell ist die Zustimmung in den Westschweizer Kantonen und im Tessin etwas tiefer als bei der Mehrheit der Kantone der Deutschschweiz.

## QUELLEN

BBI 1977 I 789; BBI 1977 II 411. APS 1976 – 1977: Öffentliche Finanzen – Finanzplanung. Vox Nr. 4. Gilg/Hablützel 1986: 862–869.

Ein Literaturverzeichnis mit den ausführlichen bibliographischen Angaben finden Sie auf unserer Website [www.swissvotes.ch](http://www.swissvotes.ch).